

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

28.11.1929 (No. 278)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Meud,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM... Einzelnummer 10 Pf... Samstag 15 Pf... Anzeigengebühr: 14 Pf... für 1 cm Höhe und ein Siebenteil Breite...

Zur Aufwertung
der Lebensversicherungen

Obwohl das deutsche Aufwertungsgesetz, das im 8. Abschnitt die Aufwertung von Versicherungsansprüchen behandelt, bereits vor mehr als vier Jahren erlassen wurde, ist den aufwertungs-

berechtigten Lebensversicherungsnehmern nicht selten noch völlig unbekannt, welche Summe ihnen zusteht. Daß die Abwicklung der Ansprüche bisher von den Gesellschaften nicht reiflos durchgeführt werden konnte, ist vor allem in dem Umfange und der Schwierigkeit der Arbeiten, welche zu bewältigen sind, begründet.

Ob eine Unternehmung nach Genehmigung ihres Teilungsplanes durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung oder die zuständige Landesbehörde in der Lage ist, ihren Altversicherten endgültige Nachricht über das Aufwertungsergebnis zugehen zu lassen, müssen in erster Linie zwei Erfordernisse erfüllt sein. Zunächst ist unbedingte Klarheit über die Aufwertung, welche das zur Verteilung gelangende Anstaltsvermögen erfährt, notwendig. Mit den Schuldnern der Gesellschaften waren häufig langwierige Prozesse bis in die letzte Instanz zu führen, bis sich diese zur Anerkennung ihrer Verpflichtungen verstanden. Zum zweiten sind die Ansprüche der aufwertungsberechtigten Versicherten festzustellen. Bei der Zahl der Policen, welche zu berücksichtigen sind (bei der Friedrich-Wilhelm-Lebensversicherungs-A.G. handelt es sich beispielsweise allein um rund 3,5 Millionen), mußte die Lösung dieser Aufgabe selbstverständlich ebenfalls geraume Zeit beanspruchen.

Von einigen besonderen Fällen abgesehen, wie von Militärrentenversicherungen, bei welchen Rückgewähr der Prämien vereinbart ist, wird bekanntlich bei Lebensversicherungen nicht die Versicherungssumme oder etwa der Gesamtbeitrag der Prämienleistungen aufgewertet, sondern der nach Abzug der verausgabten Beiträge und Verwaltungskostenanteile unter Berücksichtigung der Verzinsung verbleibende Restteil der Goldprämien, die Goldmarkreserve, welche nach versicherungsmathematischen Regeln zu ermitteln ist. Aus dem Verhältnis des aufgewerteten Vermögens der Gesellschaft zu ihren Verpflichtungen, das ist die Gesamtsumme der Reserven, ergibt sich dann der jeweilige Aufwertungssatz, der z. B. für die aufzuwertenden Versicherungen der Deutschen Beamtenversicherung (früher: Deutsche Lebensversicherung für Wehrmachtangehörige und Beamte), Berlin, 22 Proz. beträgt.

Die Aufwertungssätze sind bei den meisten Gesellschaften verhältnismäßig geringfügig, was darauf zurückzuführen ist, daß die aufzuwertenden Vermögensbestände der Unternehmungen keine einheitliche Zusammensetzung aufweisen. Nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz waren von den Gesellschaften die Reserven in Hypotheken, Reichs- und Staatsanleihen anzulegen. Während die ersteren in der Regel mit 25 Proz. ihres Goldmarkwertes aufgewertet werden, erfahren die Anleihen eine erheblich geringere Aufwertung. Die Höhe der zur Ausschüttung gelangenden Quoten wird daher besonders dadurch bestimmt, welchen Prozentsatz die Hypotheken in der Zusammensetzung der Vermögensmasse der Gesellschaft einnehmen.

Von den meisten Gesellschaften sind die Teilungspläne für die aufzuwertenden Versicherungen bereits genehmigt. Die Mehrzahl der Unternehmungen unterrichtet die Anspruchsberechtigten ohne jede Aufforderung unter Benützung der zuletzt bekannten Anschrift. Gegenwärtig läuft eine Anmeldefrist nur für die Aufwertungsberechtigten des Gifela-Vereins und der Wiener Allianz. Die Ansprüche müssen hier bis längstens 31. Dezember 1929 unter Einreichung der Police bei der Nachfolgesellschaft, der Deutschen Lebens- und Aussteuer-Versicherungs-A.G. „Gifela“, München, geltend gemacht werden.

Interessenten erhalten auf Wunsch vom Säußerband der Lebens- und Feuerversicherer e. V., München 13, Neureutherstraße 13, gegen Einzahlung des doppelten Briefpostos kostenlos eine Broschüre überhandt, die nähere Einzelheiten über den Stand der Lebensversicherungsaufwertung enthält.

Zum Goldenen Priesterjubiläum des Papstes

28. Nov. 28. Nov. (Tel.) Heute mittag um 2 1/2 Uhr überreichte der deutsche Botschafter von Bergen dem Papst ein Schreiben des Reichspräsidenten mit den persönlichen Wünschen des Reichspräsidenten und denen der Reichsregierung zu dem Goldenen Priesterjubiläum des Papstes. Anschließend erfolgt die Übergabe des Geschenkes der Reichsregierung an den Papst. Das Geschenk ist ein Duplikat des sog. roten Brunktafelrezeives Friedrichs des Großen, das seit gestern in dem von der Gattin des Botschafters, Frau von Bergen, besonders geschmückten Paraventensaal des Vatikan ausgestellt war. Botschafter von Bergen wird sich in Begleitung des Personals der Botschaft sowie des Vatikanreferenten des auswärtigen Amtes, Gesandtschaftsrat Klee, in den Vatikan begeben. Nach der Audienz findet die Verfertigung des Geschenkes der Reichsregierung durch die Presse statt.

Das Recht des unehelichen Kindes

28. Nov. 28. Nov. (Tel.) Der Reichsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Gesetzentwurfes über die Rechtsstellung des unehelichen Kindes fort. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde mit 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 10 Stimmen beschlossen, daß dem unehelichen Kinde statt eines Zahlungsanspruches gegen die Eltern des Vaters ein Erb- und Pflichtteilrecht wie dem ehelichen Kinde zustehen soll. Angenommen wurde auch § 1714, der eine Vereinbarung zwischen dem Vater und dem unehelichen Kinde über den Unterhalt zuläßt, ebenso § 1715, der den Vater verpflichtet, der Mutter die Kosten der Entbindung sowie die Kosten des Unterhalts für die Dauer von vier Wochen vorher und für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung zu ersetzen.

Letzte Nachrichten

Annahme des Republiksschutzgesetzes im Reichsrat

Das Reichsministergesetz

28. Nov. 28. Nov. (Tel.) Im Reichsrat wurde heute das Republiksschutzgesetz in der Ausschlußfassung mit 50 gegen 16 Stimmen angenommen.

Der Reichsrat beriet ferner das sog. Reichsministergesetz, das in den Ausschüssen in seinen Grundzügen unverändert geblieben ist. Nach diesem Gesetz dürfen die Minister dem Vorstande, dem Verwaltungs- oder Aufsichtsrat von Erwerbsgesellschaften nicht angehören; desgleichen dürfen sie Nebenbeschäftigungen nicht ausüben. Ausnahmen darf die Reichsregierung zulassen.

Als Versorgung wird in der Regel nur ein Übergangsgeld gezahlt, dessen Höhe sich nach der Amtsdauer richtet. Ausnahmsweise kann eine Ruherente gewährt werden. Die Ausschüsse des Reichsrates haben jedoch diese Ausnahme nur auf den Fall von Gesundheitsschädigungen beschränkt. Reichs-, Landes- und Gemeindebeamte behalten ihre Pension.

Staatssekretär Weismann beantragte, die preussische Regelung zu übernehmen, wonach Minister nach vierjähriger Dienstzeit pensionsberechtigt werden.

Dieser Antrag, dem die Reichsregierung widersprach, wurde mit 34 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Das Gesetz selbst wurde einstimmig angenommen.

Severing für die deutsch-französische Verständigung

28. Nov. 28. Nov. (Priv.-Tel.) Der „Rechtler“, der in Deutschland eine Unternehmung über die deutsch-französische Beziehungen anstellen läßt, gibt eine Erklärung des Reichsinnenministers Severing wieder, in der es heißt, Deutschland und Frankreich hätten ungeheuer viele gemeinsame Interessen. Wenn man eine Formel finden könnte, die es ermöglichte, zu einer Verständigung zu gelangen, ohne die Rechte und die Interessen der anderen Länder zu schädigen, dann werde ein großer Schritt zur Erreichung des Weltfriedens getan sein.

Eine deutsch-französische Annäherung würde nicht nur eine allgemeine Entspannung zur Folge haben, sondern indirekt auch zum Abschluß ähnlicher Ententeen zwischen anderen Ländern beitragen. Die Verwirklichung des Briand'schen Gedankens der Vereinigten Staaten von Europa werde an dem Tage nahe bevorstehen, an dem Deutschland und Frankreich die wirtschaftliche, gut-nachbarliche Entente verwirklicht haben würden, die er, Severing, aufrichtig wünsche. Auf alle Fälle glaube er, daß die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa nur möglich sei nach Abschluß einer deutsch-französischen Verständigung. Im übrigen erklärte Severing, die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes sei der Ansicht, daß die Politik Stresemanns nicht nur für die Wiederherstellung Deutschlands, sondern auch für die Sicherheit des Weltfriedens notwendig sei.

Ein Chinesischer Friedensvorschlag

Wiederherstellung der Lage an der Ostchinesischen Front. 28. Nov. 28. Nov. (Tel.) (Tel.-Agentur der Sowjetunion.) Tschangschuehsiang stellte in einem Telegramm an Litwinow den Antrag, die Lage an der Ostchinesischen Front, wie sie vor dem russisch-chinesischen Konflikt bestand, vollständig wieder herzustellen sowie den ehemaligen Direktor und den stellvertretenden Direktor der Ostchinesischen Eisenbahn wieder in ihr Amt einzusetzen. Volkskommissar Litwinow antwortete zustimmend und schlug die Entsendung von chinesischen Bevollmächtigten nach Chabarowsk vor, um die technische Durchführung der erwähnten Vorschläge mit Vertretern des Augenkommissariats und die Festsetzung des Termins und des Ortes für die Einberufung einer russisch-chinesischen Konferenz zu besprechen.

Eine Koalitionsregierung in China?

28. Nov. 28. Nov. (Tel.) „Morning Post“ berichtet aus Peking: Es scheint jetzt sicher, daß die gemeldeten Regierungssitze in Honan und Szechuan in Reich der Fabel gehören, daß hinter der Bühne eine Vereinbarung erzielt wurde, derzufolge Tschiangkaifsch sich demüßigt zurückziehen wird, und daß Verhandlungen im Gange sind, um eine Konferenz herbeizuführen, auf der die verschiedenen Gruppen versuchen werden, eine Koalitionsregierung zu organisieren. Der Korrespondent hält es für unwahrscheinlich, daß die Militärlisten in Nordchina und der linke Flügel der Nationalisten übereinstimmen werden. Die Aussichten für eine vereinte Regierung seien daher gering.

Tschitscherin läßt sich in Wiesbaden nieder. Der stellvertretende Außenkommissar Karadjan hatte laut „Germania“ in Wiesbaden eine längere Unterredung mit dem Außenkommissar Tschitscherin. Der Auslandsurlaub Tschitscherins wird vorläufig auf unbestimmte Zeit verlängert werden. Tschitscherin wird noch mindestens ein Jahr im Ausland bleiben. Er hat Wiesbaden zu seinem ständigen Wohnsitz im Ausland gewählt.

* Der Volksentscheid

Jeder verantwortungsbewußte Politiker in Deutschland wird froh sein, wenn der Volksentscheid hinter uns liegt. Und schon allein deshalb ist es gut, daß die Reichsregierung sich entschlossen hat, eine weitere Hinauszögerung des Termins zu unterbinden und den Volksentscheid noch in diesem Jahre stattfinden zu lassen. Als Tag ist der 22. Dezember in Aussicht genommen.

Warum dieser Termin, weil er einige Tage vor dem Weihnachtsfest liegt, eine Schädigung für die Anhänger des Volksbegehrens bedeuten soll, ist nicht recht einzusehen. Im Gegenteil! Eher könnte man sagen, daß diese Festsetzung für die Anhänger der Aktion besonders günstig ist. Denn allenthalben haben um diese Zeit bereits die Ferien begonnen. Wichtige Landarbeiten sind nicht zu erledigen. Also wird gerade die Landbevölkerung im Norden und Osten, die ein starkes Kontingent der Anhänger des Volksbegehrens stellt, die beste Gelegenheit haben, zur Urne zu gehen. Der von dem Reichsausschuß für das Volksbegehren gewünschte 15. Januar wäre faktisch lange nicht so günstig.

Es ist also wohl nur als der Ausdruck eines agitatorischen Bedürfnisses zu werten, wenn jetzt in einer Resolution des Reichsausschusses gegen den 22. Dezember härtester Protest erhoben wird. Die Reichsregierung kann mit gutem Gewissen von sich behaupten, daß sie bei der Terminfestsetzung ein großes Entgegenkommen hat walten lassen. Wenn sie das tat, so waren dabei natürlich nicht nur Erwägungen der Gerechtigkeit, sondern auch Überlegungen außenpolitischer Natur maßgebend.

Wir wissen jetzt, daß die Haager Schlusskonferenzen Anfangs Januar stattfinden sollen. Bis dahin muß der Volksentscheid gefallen sein. Wie er ausfallen wird, darüber kann ja ein Zweifel nicht bestehen. Aber der Nationalismus in Frankreich wird sich erst dann beruhigen, wenn das Faktum als solches vorliegt, wenn also wirklich der Gesetzentwurf vom Volke abgelehnt ist. Nach der Auffassung der französischen Regierung würde es genügen, daß bis Ende Februar alle Formalitäten, die nach den Haager Abmachungen als Vorbedingung für die Räumung zu gelten haben, erledigt sind. In vier Monaten (März, April, Mai, Juni) glaubt man die organisatorische und taktische Aufgabe der Räumung bewältigen zu können. Jede Hinauszögerung des Termins, an welchem die Formalitäten erfüllt sind, müßte auch eine Hinauszögerung des Räumungsendtermins bedeuten und zu sehr unerwünschten, außenpolitischen Entwicklungen führen. Der Gedanke ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß solche Entwicklungen durchaus nach dem Geschmack der führenden Männer des Reichsausschusses wären. Die Reichsregierung aber hat demgegenüber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch den Volksentscheid die außenpolitische Situation für uns nicht verdorben wird.

In einzelnen deutschnationalen Zeitungen wird neuerdings erklärt, das Volksbegehren sei nicht verfassungsändernd. Wenn der Gesetzentwurf eine Verfassungsänderung enthielte, müßte das in dem Entwurf selbst ausdrücklich gesagt sein. Der entsprechende Satz der Reichsverfassung heißt: „Soll auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich.“ Aus diesem Wortlaut folgt die deutschnationale Presse, daß die Verfassung den klaren Ausdruck des Wunsches nach einer Verfassungsänderung vorschreibt. Sie untertreibt dabei vor allem das Wort „soll“. Jedem Unbefangenen wird eine solche Interpretation absonderlich erscheinen. Sie ist willkürlich und konstruiert. Wer den Satz ganz unbefangenen liest, wird ihm doch einzig und allein den Sinn geben können, daß dann, wenn das dem Volksentscheid unterbreitete Volksbegehren nach juristischen Begriffen eine Verfassungsänderung in sich schließt und demgemäß eine solche beschlossen werden müßte oder sollte, die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten beim Volksentscheid erforderlich wird.

Im übrigen darf man wohl darauf vertrauen, daß die Reichsregierung erst nach sorgsamster, juristischer Prüfung den verfassungsändernden Charakter des Volksbegehrens festgestellt hat. An sich ist ja, auch vom Standpunkt des Reichsausschusses aus gesehen, die ganze Debatte recht unfruchtbar. Denn die Forderung auf Annahme des Volksbegehrens läßt sich ja unter keinen Umständen irgendwie ernsthaft begründen. Würde das Volksbegehren keine Verfassungsänderung in sich schlie-

hen, so müßten beim Volksentscheid mehr Zustimmung als einstimmig abgegeben werden. Es müßten also auch die Gegner des Gesetzentwurfs zur Urne gehen, eine regelrechte Abstimmung würde stattfinden, und die Befürworter des Gesetzentwurfs müßten die Mehrheit bekommen. Wenn man bedenkt, daß das Volksbegehren nur gerade die vorgeschriebenen 10 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt hat, 90 Prozent also nicht dafür zu erwärmen waren, dann ist es doch sonnenklar, daß auch bei einer regelrechten Abstimmung mit Ja und Nein keine Mehrheit für den Gesetzentwurf herauskommen kann.

Es ist wirklich ein Jammer, daß sich unser Volk in einer so ernsten Zeit von einer Agitation aufreißern lassen muß, deren Endziel nun und nimmer erreicht werden kann. Das ist verpuffte Kraft. Die innerpolitischen Gegensätze werden dadurch unnötigerweise vergrößert, und die Kosten, die der Gesamtheit der Staatsbürger durch die ganze Aktion erwachsen, gehen in die Millionen.

Die Lage von Reichsbahn und Reichspost

Im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde mitgeteilt, daß die Jahreseinnahmen bis Ende Oktober die Ausgaben nur decken, nachdem diese in einem auf die Dauer nicht erträglichen Maße gedrosselt worden sind. Die Verkehrsleistung lasse auch für den Rest des Jahres ein besseres Ergebnis nicht erwarten. Eine durchgreifende Besserung der Finanzlage der Reichsbahn, sei es durch eine Minderung der auf ihr liegenden Lasten oder durch Tarifserhöhungen, bleibe also nach wie vor erforderlich. Aus diesem Grunde war es der Hauptverwaltung nicht möglich, dem Verwaltungsrat einen Vorschlag für das ganze kommende Jahr vorzulegen, der ohne Fehlbetrag abschließt. Die Verwaltung mußte sich deshalb auf ein vorläufiges finanzielles Notprogramm für die nächsten Monate beschränken.

Der Reichspostminister führte im Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Reichspost zur Finanzlage u. a. aus, daß die Einnahmen in den ersten 7 Monaten des Rechnungsjahres 1929 hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien; es sei aber möglich, daß in den verkehrsstarken Wintermonaten der Rückgang aufgehoben werden könne.

Der Arbeitsausschuß nahm einige vorgeschlagene Änderungen der Fernsprechanordnung an. Sie betreffen hauptsächlich Verbesserungen im Fernverkehr. Bei dringenden Ferngesprächen kann der Anrunder künftig eine bestimmte feste Zeit für die Herstellung der Verbindung vorkaufen. Die Höchstdauer der Ferngespräche wird von 6 auf 12 Minuten erweitert. Für Tagungen, für die Übertragung von Neben usw. können Fernverbindungen auf eine Stunde und länger bereitgestellt werden. Eine Reihe von Erleichterungen ist für das Zustandekommen von Gesprächen vorgesehen, für die eine Person zu einer Sprechstelle gerufen wird.

Die Januar-Tagung des Völkerbundesrates in London

W.A. Paris, 28. Nov. (Tel.) „Matin“ will wissen, daß neuerdings der Vorschlag gemacht wurde, die drei im Januar 1930 geplanten Konferenzen, also die zweite Paarer-Konferenz, die Londoner Seeverkehrs-Konferenz und die Tagung des Völkerbundesrates, dadurch zu ermöglichen, daß man in London selbst die Völkerbundsversammlung abhalte, und zwar zu einem Zeitpunkt, der möglichst nahe an dem der Seeverkehrs-Konferenz liege, so daß nötigenfalls diese beiden Konferenzen mehrere Tage lang parallel nebeneinanderlaufen könnten, etwa in der Weise, daß die eine vormittags, die andere nachmittags tagen würde.

Ein neuer Großsender bei Stuttgart

In einer Besprechung, die im Berliner Junthaus unter dem Vorsitz des Reichsrundfunkkommissars stattfand, wurde, der „Voss. Zig.“ zufolge, mitgeteilt, daß beschleunigt ein Großsender bei Stuttgart aufgestellt werden soll. Die Bauzeit wird auf 8 bis 9 Monate geschätzt. Theoretisch würden für das neue Sendernetz acht Großsender in Betracht kommen. Man hofft aber, weniger Stationen zu brauchen. Parallel soll der Bau eines großen Gleichstromnetzes gehen. Man hofft, damit die große Gefahr abzuwenden zu können, die dem deutschen Rundfunk durch den Bau riesiger Auslandsender droht, die den Empfang der deutschen Sender innerhalb Deutschlands überbrücken würden.

Wieder ein betrügerischer Bankkommissionär flüchtig

W.A. Berlin, 28. Nov. (Tel.) Seit Anfang November ist der 1890 in Altona geborene Bankkommissionär Löwenstein flüchtig, der in Berlin in verschiedenen Hotels als Junggehilfe wohnte. Er unterhielt eine Bürogemeinschaft mit der Berliner Bank e. G. m. b. H. Löwenstein wird vorgeworfen, Betrügereien mit Reichsschuldbuchforderungen verübt zu haben. Seine Schwindelbeute wurden durch Hintermänner unterfüttert und gedeckt. Es besteht der Verdacht, daß sich unter ihnen auch Vorstandsmitglieder der Berliner Bank befunden haben. Es haben sich bisher etwa 10 Personen gemeldet, deren Forderungen zwischen 2000 und 40000 M. schwanken. Die Zahl der Geschädigten wird sich auch dadurch erhöhen, daß Löwenstein Filialen auch in anderen Städten unterhalten hat, so in München, Breslau und Düsseldorf. Dort hatte er Agenten, die seine Interessen wahrnahmen. Er selbst fuhr zwischen den Städten hin und her, um die Geschäfte abzuwickeln.

Auffsehenerregender Konkurs in London

W.A. London, 28. Nov. (Tel.) Großes Aufsehen erregte gestern Abend in der Finanzwelt die Nachricht, daß einer der bedeutendsten Gesellschaftsdirektoren in der City von London, Henry Spencer Horne, seine Direktorenposten niedergelegt und angekündigt hat, daß er Konkurs gegen sich beantragen werde. In einem Schreiben an die Direktoren der British Cement Products and Finance Company weist Horne auf die sehr ernsten Verluste hin, die er infolge der ausnahmsweisen Entwertung seiner Anteile an den Gesellschaften, an denen er besonders beteiligt war, erlitten hat. Die Direktoren der British Cement Products and Finance Company erklären, daß die finanzielle Lage der Gesellschaft dadurch nicht berührt wird. Die Wäcker weisen darauf hin, daß allein das persönliche Vermögen Hornes in Mitleidenschaft gezogen ist.

Eine Meldung, wonach bereits eine Begnadigung des Singer Arztes Dr. Richter zu lebenslänglichem Zuchthaus ausgesprochen worden sei, entspricht nicht den Tatsachen. Das Gnadengejud wurde erst in den letzten Tagen von der Oberstaatsanwaltschaft bestimmungsgemäß dem Beamten für Gnadenangelegenheiten zur Weiterbearbeitung übergeben, von dem es erst an das Justizministerium weitergeht.

Aus dem Reichstag

Aufnahme der Winterarbeit — Kleine Vorlagen

Die erste Vollziehung, mit der der Reichstag am Mittwoch seine Winterarbeit aufnahm, war gut besucht. In den Reihen der Kommunisten entdeckte man auch die älteste weibliche Abgeordnete, Frau Klara Zetkin, die jahrelang durch ihren Aufenthalt in Moskau dem deutschen Parlament ferngehalten war. Ohne Aussprache wurden zunächst der deutsch-perische Freundschafts- und Handelsvertrag, ein Zivilrechtsabkommen mit der Türkei und ein Freundschaftsvertrag mit dem Königreich der Gebirge den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Ein Gesetzentwurf, der die Kontrollbestimmungen über die Ausfuhr deutscher Kunstwerke auf ein Jahr verlängert und kleine organisatorische Änderungen bringt, ging an den Rechtsausschuß.

In der Aussprache wurde auch auf die Notlage der deutschen Künstler eingegangen. Allgemeine Zustimmung fand eine Entschließung des Zentrums, die eine Zusammenarbeit mit Österreich fordert, um den gesamtdeutschen Kunstbesitz zu schützen.

Dem Wohnungs- und Siedlungsausschuß wurden ein Gesetzentwurf über die Reichszuschüsse der Landarbeiterfremdungen und eine Vorlage über die Bergmannsfremdungen überwiesen. Zu beiden Vorlagen nahm auch Reichsarbeitsminister Wisell das Wort. Er wies darauf hin, daß seit 1921 über 55 000 Landarbeiterwohnungen errichtet worden sind. Das Gesetz über die Bergmannsfremdungen wolle die bestehende Rechtsunsicherheit beseitigen und feststellen, daß die aus den Mitteln der Kohlenabgabe unter Reichszuschuß errichteten Bergmannswohnungen als Eigentum der Volksgemeinschaft zu betrachten sind.

Ein Gesetzentwurf über Aufwertung der Entschädigungen, die auf Grund der Einrichtung des Brauntweinmonopols zu zahlen sind, ging an den Steuerauschuß.

Zur Beratung kam schließlich noch ein kommunistischer Antrag, der Weichnachtsbeschlüssen von 30 M für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigten verlangt. Unter dem Vorn der Kommunisten wandte sich Reichsarbeitsminister Wisell gegen diesen Antrag, der für die einzelnen Beteiligten einen verhältnismäßig kleinen Betrag ergäbe, aber die Reichskasse mit 170—180 Millionen Kosten belasten würde. Viel zweckmäßiger als solche einmaligen Weichnachtsbeschlüsse sei eine dauernde Besserstellung der Sozial- und Kleinrentner. In diesem Sinne wolle die Reichsregierung weiterarbeiten.

Der kommunistische Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung, die um 2 Uhr beginnt, stehen wieder nur kleine Vorlagen, und zwar zunächst die zweite Beratung des Gesetzes über die Herkunftsbezeichnung des Hopfens. Dieses sieht vor, daß eine örtliche inländische Bezeichnung nur zur Kennzeichnung der örtlichen Hopfenherkunft verwendet werden darf, daß aber die Landesregierungen in bestimmten Erzeugungsgeländen angebaute Hopfen einer amtlichen Bezeichnung (Siegelung) unterstellen dürfen.

Die Sozialdemokraten beantragen, daß alle offenen Verkaufsstellen am 24. Dezember nur von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags geöffnet sein dürfen.

Preussisch-thüringische Besprechungen

Der Amtl. Preuss. Pressedienst meldet: Zwischen der preussischen und der thüringischen Staatsregierung fanden in Berlin Verhandlungen statt. Gegenstand der Verhandlungen bildete ein Meinungs-austausch über die Frage, wie durch Bildung von Verwaltungsgemeinschaften eine Vereinfachung der Staatsverwaltung unter besonderer Berücksichtigung von Sparmöglichkeits herbeigeführt werden könne. Es wurde festgelegt, daß es eine Reihe von Sachgebieten gibt, auf denen die Bildung solcher Verwaltungsgemeinschaften möglich ist. Die Verhandlungen sollen mit dem Ziel fortgeführt werden, den Regierungen gemeinsame nähere Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Vorschlag zur Neugliederung Mitteldeutschlands

Der Landeshauptmann der preussischen Provinz Sachsen, Dr. Hübener, tritt in einem vor dem Wirtschaftsausschuß Mitteldeutschlands in Halle gehaltenen Vortrag mit konkreten Vorschlägen für die Neugliederung Mitteldeutschlands hervor.

Dr. Hübener tritt für eine Dreigliederung Mitteldeutschlands ein und geht nach Möglichkeit von den alten Ländergrenzen aus. Der gut abgerundete Freistaat Sachsen soll bleiben, Thüringen soll gegenüber dem Stande des jetzigen Freistaats Thüringen wesentlich an Umfang und Bedeutung gewinnen durch Aufgehen aller preussischen Gebietsinschlüsse in Thüringen und vor allen Dingen durch den Zuwachs von Erfurt mit dem gesamten Regierungsbezirk Erfurt (ausgenommen Kreis Graßhof bei Hofenstein). Die dritte Reichsprovinz Mitteldeutschlands denkt er sich gebildet durch den Zusammenschluß des größten Teiles der jetzigen Provinz Sachsen mit dem Freistaat Anhalt, wie er denn auch den Namen „Sachsen-Anhalt“ in Vorschlag bringt. Der wirtschaftliche Mittelteil Thüringens, die Stadt Erfurt, werde nicht länger durch Grenzen von dem Hauptgebiet Thüringens abgeschnürt bleiben dürfen. Mit der Stadt müsse auch das gesamte Gebiet des jetzigen Regierungsbezirks Erfurt, mit Ausnahme des Kreises Graßhof bei Hofenstein, und der südliche Teil des Kreises Gartzberg an Thüringen fallen, so daß die neue Grenze beidseitig durch eine Linie von der thüringischen Forste bei Kösen an der Saale zur thüringischen Forste bei Tschandburg (unweit Gledungen) und weiter zur Eichsfelder Forste westlich Weiche- rode. Es würden also Finne, Schmilde und Gaillette die neue natürliche Grenze bilden. Somit würde Thüringen einen ganz bedeutenden Zuwachs an zum Teil recht leistungsfähigen Gebieten erhalten.

Die Renten der Landesherren

Der Rechtsausschuß des Reichstags genehmigte den Gesetzentwurf über die Regelung älterer staatlicher Renten in der Fassung der neuen Kompromißanträge der Regierungsparteien.

Neu ist hier insbesondere, daß auch die für die Preisgabe oder den Verlust von Landes- oder Landesherrenlichen Renten gewährten Renten, die ursprünglich entschädigungslos fortzufallen sollten, eine Aufwertung erfahren, die aber nur 5 Prozent betragen soll. Im übrigen wird der Aufwertungssatz von 8 Prozent aufrechterhalten, ebenso wie der Satz von 25 Prozent für die Renten, die für den Verlust von Grundbesitz gewährt werden, der auf Grund privatrechtlicher Titel erworben worden war. Entschädigungslos fortzufallen sollen Renten, die für den Verlust von Leibeigenschaftrenten begründet worden sind, da sie nach den Anschauungen der heutigen Zeit als unbillig angesehen werden. Von der Regelung werden Renten nicht betroffen, deren Bezugsberechtigte Gemeinden, Universitäten, Kirchengemeinschaften, Waisen- und Krankenhäuser usw. sind.

Das größte jemals in Amerika gebaute Flugzeug, der für 32 Personen berechnete Fokker-Eindecker S. 32 ist in der Nähe des Flugplatzes Rooseveltfeld bei New York verunglückt und durch Brand vernichtet worden. Die Fluggäste konnten sich retten. Nur zwei erlitten Verletzungen.

Schnakenbekämpfung in Baden

Von Friedrich Glaser, Mannheim.

Erschreckend schnell haben in unserem milden Klima die Hauschnaken sich ausgebreitet. Obwohl sie sich selbständig kaum weiter als 1 Kilometer von ihrer Brutstelle entfernen, belästigen sie uns heute schon an Orten, wo man sie vor wenigen Jahren noch nicht kannte. Von unsern derzeitigen Verkehrsmitteln werden sie überallhin getragen, wohin sie aus eigener Kraft nie gekommen wären. Ihre Fortkommen ist vom Vorhandensein verunreinigten Wassers jeder Art abhängig, das sie in der Umgebung der Menschen in den verschiedensten Formen finden. Günstige Brutgelegenheiten bieten Pfuhlgruben, Abwassergräben und -gruben, Wasserbehälter in Gärten, Kläranlagen und Tümpel, die mit Urnat aller Art ausgefüllt werden. In diesen Brutstellen kommen zahlreiche Generationen Hauschnaken während des Sommers zur Entwicklung. Im Spätherbst ziehen sich die Weibchen in den verschiedensten Orten zur Überwinterung in frostgeschützte Räume, hauptsächlich Keller, zurück. Dort müssen wir mit Eintritt des Frostwetters zugreifen. Mit jeder einzelnen überwinterten Schnake vernichten wir ihre millionenfachen Nachkommen des folgenden Sommers. Es wird aber nie und mit keinem der zahlreichen Mittel gelingen, alle Hauschnakenweibchen im Winter zu erwischen. Einzelne werden sich immer wieder im Frühjahr hinüberretten und ihre Eier ablegen können. An die Winterbekämpfung der Hauschnaken in den Kellern muß sich darum oft schon im April die Sommerbekämpfung der Brut in den stehenden Gewässern im Freien anschließen. Der Erfolg kann bei sachgemäßer Arbeit nicht ausbleiben.

Durch dauernde Bekämpfungsbemühungen hat sich unsere Städte größtenteils und auch eine ganze Anzahl Landorte, namentlich am Bodensee, von der Hauschnakenplage befreit. In vielen Gegenden aber sieht man dieser Plage immer noch gleichgültig gegenüber. Nur an Fremdenverkehrsplätzen, wo große Werte auf dem Spiel stehen, ist das Interesse an der Schnakenbekämpfung im Steigen begriffen. Aus zahlreichen Anfragen und Hilferufen, die bei der Bereinigung zur Bekämpfung der Schnakenplage in letzter Zeit eingelaufen sind, ist zu entnehmen, daß man den Rückgang des Fremdenverkehrs auf die mehr und mehr sich steigende Hauschnakenplage zurückführt, und daß man nun allen Ernstes an die Bekämpfung der Hauschnaken gehen will.

Erheblich schwieriger gestaltet sich die Bekämpfung der Wald- und Wiesenschnaken in den Überschwemmungsgebieten und bei schlecht funktionierenden Wiesengewässern. Diese Schnakenarten überwintern nicht in unsern Kellern, sondern legen ihre Eier im Laufe des Sommers in Gras und Moos solcher Erdstellen ab, die gelegentlich einmal von Wasser überflutet werden. Kälte und Trockenheit intensiverer Art schadet den Eiern nicht. Sobald aber Wasser von mindestens 10 Grad Wärme sie überdeckt, beginnt die rasche Entwicklung. Schon nach 10 Tagen erheben sich die fleckuligen Schnaken in die Luft und breiten sich in der Umgebung bis zu 15 Kilometer von der Brutstelle aus. Es ist als ein Glück zu bezeichnen, daß die Wald- und Wiesenschnaken nur in solchen Gegenden sich ansiedeln können, wo ihnen periodisch steigendes und fallendes Wasser zur Verfügung steht, und daß sie in unsere Wohnungen nur selten und vereinzelt eindringen.

Eine Winterbekämpfung der Wald- und Wiesenschnaken ist also nicht möglich. Sie können nur durch eine Sommerbekämpfung, die in den Wäldern im März und auf Wasserwiesen sofort nach Beginn der Frühjahrswässerung einzuführen ist, in Brutform vernichtet werden. Da es sich vielfach um riesige Wasserflächen handelt, die entweder zu entwässern oder mit chemischen Mitteln zu behandeln sind, scheidet man vor einer umfassenden Bekämpfung der Wald- und Wiesenschnaken vielfach zurück. Daß man aber auch hier, wenn man will, einen Erfolg erringen kann, zeigte die Stadt Bruchsal, die schon vor jeher im Sommer von diesen Schnakenarten heimgesucht worden ist. Die Steigerung der Plage im Sommer 1928 forderte zu energischer Gegenwehr heraus. Eine gründliche Erforschung der Brutstellen auf den Wasserwiesen und in den Wäldern der Umgebung lieferte die Unterlagen zu den Bekämpfungsmassnahmen, die vollen Erfolg hatten. Bruchsal war im Sommer 1929 frei von Schnaken.

Wo eine Schnakenbekämpfung nötig fällt, werden gewisse Widerstände zu überwinden sein. Ohne eine bezirkspolizeiliche Vorkehrung, zu welcher die Maßnahmenverordnung des badischen Ministers des Innern vom 19. Dez. 1910, Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 46, die Grundlage bietet, ist eine zielführende Arbeit nicht möglich. Die Ausbildung geeigneten Personals ist weiterhin unerlässlich, wenn nicht gleich von vornherein alle Maßnahmen zur Erfolglosigkeit verdammt sein sollen. Die Vereinigung zur Bekämpfung der Schnakenplage, Geschäftsstelle Mannheim, Bödlinstr. 40, der alle Erfahrungen aus Sicht haben, und von der die praktischen Anleitungen zur Sommer- und Winterbekämpfung erhältlich sind, wird gerne jedermann mit Rat und Tat bei Einführung einer Schnakenbekämpfung unterstützen.

Schulgeldeinzahlung durch Postcheck. Eine bedeutsame Neuerung im Schulgeldwesen hat der preussische Kultusminister getroffen. Im neuesten Kunderlaß wird laut „Voss. Zig.“ vorgeschrieben, daß künftig das Schulgeld an den vom Staat unterhaltenen höheren Schulen durch Überweisung auf das Postcheckkonto der Schule einzuzahlen ist und die bisher übliche bare Entrichtung in den Klassen nicht mehr stattfinden dürfte. Der Erlaß betont, daß der neue Weg hauptsächlich deshalb beschritten worden sei, weil sich bei dem früheren Verfahren zu viel Anzuträglichkeiten ergeben hatten. So sei es a. B. fast immer dort zu peinlichen Situationen gekommen, wo Freistellensinhaber oder minderbemittelte Schüler durch den bisher geübten Brauch der Schulgeldeinzahlung berührt wurden.

Gegen eine neue Amnestie. Zu den von Essen ausgehenden Bestrebungen auf Erlaß einer neuen Amnestie meldet der „Demokr. Zeitungsb.“, in demokratischen Kreisen bestünde ebenso wie bei anderen Parteien keine Meinung, einer solchen Forderung stattzugeben, da eine neue Amnestie nur ein Anreiz für politische Abenteuer sein könnte, in unruhigen Zeiten Straftaten zu begehen, die in Zeiten der Beruhigung dann keine Ahndung finden würden.

Die Stillefjördbahn. Seit dem Jahre 1926 wird der Plan einer neuen Nordfjördbahn durch die Alpen erörtert. Nimmher meiden Bogner Mäler, daß Mussolini die Provinzialverwaltung von Mailand mit der Erbauung des Stillefjördbahntunnels und der entsprechenden Zufahrtsstrecken beauftragt hat. Damit wird eine neue direkte Eisenbahnüberführung der Alpen zwischen Brenner und Gotthard angebahnt. Durch die Erbauung des Niesenunnels unter dem Stillefjördbahn (2760 Meter) wird auch die Erbauung der Nischen-Scheidebahn und deren Fortsetzung über den Fernpost nach Bayern afut.

Deutsches Dsch für Frankreich. Das große Schwimmbad der Seltiner Wast Rüsse & Co., die in Romulus steht, soll als Reparationslieferung für die französische Regierung abgeliefert werden. Es wird nach Casablanca in Französisch-Marokko geschleppt werden.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

In der ersten Hälfte des November ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung wieder um 126 000 oder 14,2 Proz. gestiegen. Die Gesamtzahl betrug am 15. November rund 2 016 000, davon 808 000 Männer und 208 000 Frauen. Die Zunahme belief sich bei den Männern um 16,2 Proz. und bei den Frauen auf 7 Proz. Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Kreisrentenfürsorge ist in der gleichen Zeit weiter gestiegen, und zwar um 6900 Personen oder 4 Proz. Auch hier war die Zunahme bei den Frauen geringer als bei den Männern. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Kreisrentenfürsorge betrug am 15. November rund 178 500.

Die erste Stadtverordnetenversammlung in Berlin wird in der neuen Wahlperiode für Donnerstag, den 12. Dezember, nachmittags einberufen. Die Einführung und Verpflichtung der neuen Stadtverordneten wird Bürgermeister Scholz vornehmen.

Badischer Teil

Die Einigung im badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen

Die neue „Badische Landwirtschaftsbank (Bauernbank)“ Am heutigen Donnerstag fanden in Karlsruhe im Großen Festsaal die gut besuchten außerordentlichen Generalversammlungen der in Karlsruhe dominierten landwirtschaftlichen Organisationen statt, um dem bedeutenden Einigungsversuch, worüber wir bereits eingehend berichtet haben, die endgültige Sanktion zu geben.

Zunächst tagte die Badische Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H. Verbandspräsident Keibel hieß die Anwesenden herzlich willkommen, insbesondere auch die Vertreter der kreisförmigen Zentralgenossenschaftsvereine. Nun sei der denkwürdige Tag angebrochen. Alle Bezirksversammlungen hätten sich auf den Boden der Einigung gestellt in der Erkenntnis, daß nur durch Nationalisierung der notleidenden Landwirtschaft geholfen werden könne. Direktor Kündel erstattete darauf Bericht über die Vereinheitlichung des badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Der heutige Tag bedeute die Erlösung von einer beispiellosen Über- und Doppelorganisation. Der Vorstand der neu errichteten Badischen Landwirtschaftsbank (Bauernbank) e. G. m. b. H. setzt sich zusammen aus vier Herren von Karlsruhe und zwei Herren von Freiburg, und zwar: Direktor Kündel (Karlsruhe), Direktor Schernig (Freiburg), Vorstandsmitglieder Müller und Ballweg (Karlsruhe), Gredl (Donauwörth) und Spang (Freiburg), ferner wird als Vertreter der Kreisländer Berlin auf dem Direktor Commandeur (Freiburg) angehören. Die Freiburger Bank wird mit Aktien und Kapital von Karlsruhe aufgenommen. Die Reserven und Geschäftsanteile des neuen Instituts betragen sich auf rund 5 Millionen Reichsmark, die gesamte Cassumme der Einheitsbank beträgt bei 300 000 Mitgliedern rund 40 Millionen Reichsmark. Jetzt gelte es, so erklärte Direktor Kündel, unter Vergangenes einen Strich zu ziehen, alles Trennende beiseitezufüllen und voll Vertrauen an die Durchführung der Nationalisierung zu gehen, die zwar schwer sein werde. Dies müsse man aber um der unzählbaren Vorteile willen in Kauf nehmen. Direktor Kündel teilte dann die Einzelheiten des Vereinigungsvertrages mit, der sich auf § 98a des Genossenschaftsgesetzes stützt und am 30. November 1929 in Kraft tritt. In der Aussprache wurde von Beder (Untergrömbach) beantragt, daß das Vertragswerk erst dann Rechtskraft erlangen soll, wenn die Ausfallbürgschaft des Staates tatsächlich beigebracht sei. Unter allen Umständen müsse sich die neue, an sich sehr zu begrüßende Einheitsorganisation dafür schämen, etwa unheimbringende Schulden übernehmen zu müssen. Allenfalls, so führte ein weiterer Diskussionsredner aus, hätte die Kreisländer für etwaige Ausfälle einzusprechen.

Milchversorgung in Baden

Kürzlich fand in Lauda unter Vorsitz des Verbandspräsidenten Nerpel des Badischen Molkereiverbandes, Karlsruhe, eine Besprechung mit den Vorständen der nach Mannheim liefernden Genossenschaft des badischen Hinterlandes statt, in der zu der Frage der Beteiligung der Landwirtschaft an der Mannheimer Milchzentrale-M.G., Mannheim, und den neuen Lieferverträgen, die auf 1. Januar 1930 versuchsweise zunächst für 1 Jahr abgeschlossen werden sollen, und die eine relative Mindernde der Milch vorsehen, Stellung genommen wurde. Die Versammlung billigte die Ermächtigung des Badischen Molkereiverbandes mit der Mannheimer Milchzentrale sowohl in der Beteiligungsfrage als auch in dem Abschluß der neuen Verträge.

Aus dem gleichen Grunde fand eine Versammlung in Sinsheim statt für die Genossenschaftsvorstände der Bezirke Sinsheim und Eppingen, die das gleiche Ergebnis hatte.

Da auch die Generalversammlung der Mannheimer Milchzentrale im Hinblick auf die Beteiligung der Landwirtschaft und des Mannheimer Milchhandels die zustimmenden Beschlüsse bereits gefaßt hat, sind ab 1. Januar 1930 nunmehr Träger der Mannheimer Milchzentrale neben der Stadtverwaltung Mannheim, der Mannheimer Milchhändlerverein und der Badische Molkereiverband als Vertreter der Landwirtschaft. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt getan auf dem Wege der Nationalisierung der badischen Milchwirtschaft.

Nach einer städtischen Vorlage an den Bürgerausschuß will sich die Stadt Forstheim mit einer Stammeinlage von 6800 Reichsmark an der zu gründenden „Milchversorgung Forstheim, G.m.b.H.“ beteiligen, die zur Erstellung und zum Betrieb eines Milchhofes in Forstheim gemeinsam mit der Milchzentrale und den in Frage kommenden Produzentenverbänden errichtet werden soll. Der neuen Gesellschaft werden städtische Grundstücke zur Errichtung eines Milchhofes im Erbbaurecht überlassen. Von der derzeitigen gesamten Verkaufsmenge an Frischmilch in der Stadt, die mit rund 27 000 Liter täglich anzunehmen ist, werden etwa 25 000 Liter oder 92,5 v. H. heute schon von der Milchhändlergenossenschaft geliefert. Die betriebsfertige Anlage des Milchhofes kommt nach der Berechnung des städtischen Hochbauamtes auf rund 600 000 Reichsmark zu stehen. Dazu hat die Deutsche Rentenbankkreditanstalt in Berlin die Gewährung eines Darlehens in Höhe von 400 000 Reichsmark zugesagt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft räumte für dieses Darlehen zunächst auf die Dauer von fünf Jahren eine Zinsverbilligung ein. Der noch verbleibende Kapitalbedarf in Höhe von 200 000 Reichsmark wird von den Genossenschaften der Landwirte und Händler der Genossenschaft zur Verfügung gestellt werden.

Rentenzahlung für Dezember

Die Postanfragen beginnen mit der Auszahlung der Unfall- und Invalidenrenten für Dezember in Berlin bereits am 29., in den übrigen Orten am 30. November. Den Rentenempfängern wird empfohlen, die Dezemberbezüge möglichst an diesen Tagen abzugeben.

Ein Vorschlag zur Wiederaufnahme der Verhandlungen für die große Koalition

Der frühere Landtagsabgeordnete und Mitglied der volksparteilichen Fraktion, Amtsgerichtsdirektor Obfischer, befaßt sich in der „Freiburger Zeitung“ in einem Artikel unter der Überschrift „Ein offenes Wort zur Regierungsbildung in Baden“ mit dem Scheitern der Großen Koalition und schreibt dazu u. a.:

„Das Zentrum hat nun einmal einen großen Wahlerfolg gehabt und ist die weitaus größte Partei. Welcher gerecht Denkende kann es ihm verwehren, wenn es da versucht, seine Wünsche nach einem der bedeutungsvollsten Ministerien anzumelden? Die Möglichkeit, Tradition zu wahren, scheitert meistens an der Macht der Tatsachen. Die Gefahr für die Simultanscheule wird dadurch nicht größer, daß das Zentrum den Unterrichtsminister stellt. Diese Frage wird durch die Mehrheit im Landtag entschieden. Dr. Kemmele, der sich als Innenminister bewährt hat, war genötigt, neben seinem Reichstagsmandat wieder zwei Ministerien zu übernehmen, zu deren Verwaltung eben doch, mag man es nehmen wie man will, die ganze Arbeitskraft eines Mannes nötig ist. Man versucht da jetzt, das Justizministerium als überflüssig und bedeutungslos hinzustellen. Das sollte man besser unterlassen. Ich bin ein Anhänger des Übergangs der Justiz auf das Reich. Aber so weit sind wir noch nicht, und bis dahin fordert auch die Justizverwaltung eine sach- und fachkundige, leitende Hand. Überdies hätte ein liberaler Justizminister wahrlich genug außerhalb seines engeren Ressorts zu tun gehabt, wenn er Einfluß innerhalb der Regierung gewinnen wollte.“

Was soll also werden. Jedermann sieht den derzeitigen Zustand als ein Provisorium an. Und doch haben sich die Parteien festgerannt. Soll man das Zentrum mahnen, jetzt noch der liberal-demokratischen Gruppe das Unterrichtsministerium einzuräumen und der Sozialdemokratie wieder das Innenministerium zu überlassen? Oder der deutschvolksparteilich-demokratischen Gruppe nahelegen, sich mit dem Justizministerium und einem Staatsrat zu begnügen? So oder so. Noch ist es Zeit. Der Landtag hat sich bis Mitte Januar vertagt und damit die große politische Aussprache bis dahin verschoben. Man müßte die Zeit und sei sich klar darüber, daß das Spiel der letzten Wochen wahrscheinlich nicht dazu angetan war, dem Volk die Notwendigkeit der politischen Selbstständigkeit der Länder zu beweisen.“

Das Hauptorgan des Zentrums, der „Badische Beobachter“, schreibt dazu u. a.:

„Sobiel fest bemerkt, daß die Ausführungen Obfishers den Vorzug haben, weil sie von staatsmännischen Gedanken sich leiten zu lassen und die Möglichkeit bieten, über das ganze Problem sich auszusprechen und vielleicht auch zu verstehen. Daß dieser Artikel von Herrn Obfischer geschrieben ist, wird seine Bedeutung eher erhöhen, als mindern. Es wäre gut gewesen, wenn diese Gedanken vor dem 21. November zur Geltung gebracht worden wären. Daß in nachgehenden Kreisen des Zentrums mit aller Entschiedenheit die Große Koalition erstrebt wurde, ist bekannt. Auch der „Volkstreu“ bezeugte dies in einem Artikel der letzten Tage.“

Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger e. V.

Die Organisation der badisch-pfälzischen Zeitungsverleger hatte für den 25. November seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nach Baden-Baden eingeladen. Dem Anruf war aus dem ganzen Vereinsgebiet sehr zahlreich Folge geleistet worden.

Zunächst galt es, dem Verein eine neue Satzung und neue, den Verhältnissen angepaßte Grundzüge und Richtlinien vorzulegen und, soweit nötig, reaktioneller Natur zu geben. Nach überaus gründlicher Vorbereitung durch eine hierfür eingesetzte Kommission unter Mitarbeit des Vereinsjuristen hat die Versammlung den Anträgen des Vorstandes ihre einstimmige Zustimmung gegeben. Es wurden ferner in der Erfüllung der Aufgaben und in der Verfolgung der Ziele wesentliche Schritte neu geschaffen worden.

Zur Beratung stand ferner die derzeitige Wirtschaftslage der Zeitungen. Dazu hat der Vereinsvorsitzende, Stadtrat Koellin, Baden-Baden, die Feststellung machen müssen, daß die wirtschaftliche Not der Zeitungen in sehr starker Weise sich bemerkbar mache, und zwar einerseits in einem ungeheuren Anstich der fortlaufenden Anfohlen auf allen Gebieten des Zeitungsverlags, und auf deren andern Seite in erheblich verminderten Einnahmen. Für die Zeitungsverleger gelte es daher, rechtzeitig Vorkehrungen und Maßnahmen zu treffen, um nicht eines Tages vor recht unangenehmen Überraschungen zu stehen. Es wurden daher im Verfolge der festgestellten Tatsachen die für die Existenz der Zeitungen nötigen Änderungen eingehend besprochen, ohne daß aber dadurch die von den Zeitungen der Öffentlichkeit gegenüber zu erfüllenden Aufgaben Not leiden dürften.

Des weiteren wurden in der Versammlung Berichte erstattet von der Leiterin bzw. dem Leiter der Steuerberatungsstelle und der Beratungsstelle in Versicherungsfragen. Von ersterer sind u. a. Ausführungen über eine das Zeitungsgewerbe am Lebensnerv treffenden Steuerfrage und Vorschläge zu deren Abwendung gemacht worden, während der letztere über die seit kurzem aufgenommenen Tätigkeit in der Behandlung aller Versicherungsfragen Bericht gegeben hat. Beide Vereinsrichtungen haben sich in überaus vorzüglicher Weise innerhalb der Verlegerorganisationen Badens und der Pfalz bewährt.

In seinen Begrüßungsworten gedachte der Vorsitzende auch des fürzlich verstorbenen früheren Verlegers der Konstanzer Zeitung, Otto Reuß, Konstanz, mit dem der Verein nicht nur einen seiner Gründer, sondern auch einen stets treuen Anhänger der Organisation verloren hat.

Raucher!!
Doppelte der Genuss mit Wybert,
der Rachen ist vor Entzündung
geschützt, der Atem rein!

Wölbund
In Apotheken und Drogerien
RM. 1.25 und 70 Pfg.

Tagungen

Auf der Tagung des Verbandes der katholischen Waisenfürsorge-erziehung Deutschlands in Freiburg wurden am Mittwoch die praktischen Fragen der Erziehung von Psychopathen behandelt. Als erste Referentin sprach Schwester Gabriele Doll, Koblenz, über die Beschäftigung der weiblichen Psychopathen. Anfallsdirektor Vater Moser, Birmensdorf, betonte in einem Referat über die Berufsausbildung männlicher Psychopathen, daß diese in den Erziehungsanstalten dem kommenden Wirtschaftsleben angepaßt sein muß, und daß vor allem dafür Sorge getragen werden muß, daß die Berufszugewandtheit gewendet und ein wirklichkeitsnahes Berufsziel den Jünglingen vor Augen gehalten wird. In einem dritten Referat behandelte Schwester Anna Adelmann, Koblenz, die Frage, welche Menschen für die Spezialpsychopathenerziehung geeignet sind, und in welcher Weise diese Erzieher fortgebildet werden können.

Aus der Landeshauptstadt

100-Jahr-Feier der Gendarmerie. Am Sonntag, 1. Dezember 1929, blüht die badische Gendarmerie als Landespolizeianstalt auf eine hundertjährige Tätigkeit zurück. In Anbetracht der Bedeutung des Tages vereinigten sich die an diesem Tage in Karlsruhe anwesenden Gendarmeriebeamten abends 8 Uhr in den Räumen des Künstlerhauses zu einer Jubiläumsfeier.

Wetternachrichtenbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Eine neue atlantische Depression ist vor der europäischen Westküste angelangt. Der Aufgleitregen überdeckt ganz England und Nordwestfrankreich. Die milde Witterung wird bei südwestlicher Luftzufuhr noch einige Zeit anhalten. Vor dem Einsetzen der neuen Verschlechterung ist jedoch eine kurze Besserung zu erwarten. Wetteraussichten: Anhaltend mild bei südwestlicher Luftzufuhr, nach kurzer Besserung erneut starke Trübung und Regenfälle.

Gemeinderundschau

Ungültige Bürgermeisterwahl. In der Bezirksratsitzung wurde der am 2. November in Malsch (Amt Ettlingen) resultatslos verlaufene dritte Wahlgang zur Bürgermeisterwahl für ungültig erklärt, weil bei der Wahlhandlung Wahlzettel zur Abgabe der Stimmzettel verwendet wurden, was der Wahlordnung widerspricht, zumal hierzu ein Beschluß des Gemeinderats mit Zustimmung des Bürgerausschusses nicht vorlag. Es wird nun nochmals ein dritter Wahlgang stattfinden, dessen Termin jedoch noch nicht feststeht.

Neuer Theateranschlag in Mannheim. Der Mannheimer Theaterausschuß hat nun eine Unterkommision beauftragt, im Benehmen mit dem Intendanten und dem Theaterreferenten sofort einen neuen Voranschlag aufzustellen, mit dem Ziel, durch weitere Streichungen bei den Ausgaben einen geringeren Betriebszuschuß zu erreichen. Der Interzessionsausschuß soll mit größter Beschleunigung eine neuerliche Entscheidung des Stadtrats und, wenn dort ein zustimmender Beschluß zustande kommt, auch des Bürgerausschusses herbeigeführt werden.

Abgelehnter Voranschlag. Der Bürgerausschuß Ottenheim bei Lahe lehnte mit großer Mehrheit wegen der beantragten Erhöhung der Gehälter der Gemeindebeamten den Gemeindevoranschlag für 1929/30 ab.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Wiesloch, 27. Nov. Das große Tonwerk der Tonwarenindustrie-W.G., Wiesloch, wurde über die Wintermonate infolge Abjagstod und allzu großer Materiallagerung stillgelegt. Durch diese Maßnahme werden mehr als 200 Arbeiter betroffen.

D.3. Freiburg i. Br., 27. Nov. Der seit etwa drei Wochen vermisste Architekt Wilhelm Wagner von Freiburg wird auf Grund einer Anzeige wegen Unterschlagung gesucht. Wagner hatte für einen Freiburger Geschäftsmann in St. Georgen ein Haus für 15 000 Reichsmark erbaut, davon den am Bau beteiligten Handwerkern 8000 Reichsmark ausbezahlt und den Rest von 7000 Reichsmark, der der Bäckerei-Bank angewiesen war, abgehoben und für sich verbraucht. Wagner hat dann anscheinend versucht, sich das Geld auf andere Weise zu verschaffen. Als dies mißlang, flüchtete er in die Schweiz. Von hier aus schrieb er an Verwandte und Bekannte mehrere Abschiedsbriefe, in denen er mitteilte, daß er sich das Leben nehmen wolle.

hd. Schluchsee, 28. Nov. Für die untere Baustufe des Schluchsees im Schwarzwald wird zur Zeit eine neue, 700 Zentner schwere Baggermaschine aufgestellt. Die Maschine wurde in Tiengen ausgeladen und auf Hauptenstleppern an ihren Standort gefahren. Mit einer Geschwindigkeit von 1 Kilometer in der Stunde konnte der Kolof fortwärts bewegt werden.

hd. Waldspitz, 27. Nov. Die in Konturs getatene Milchverwertungsgenossenschaft Oberlandringen, G.m.b.H., hielt hier ihre letzte Generalversammlung ab, welche sehr stark besucht war. Der Vorsitzende des bisherigen Vorstandes, Gutsbesitzer Raft (Alfshagen), erklärte, daß laut Entscheidung des Reichsgerichts der Beschluß der Generalversammlung vom vorigen Jahre, wonach infolge der Verluste von jedem Genossenschaftler pro Kuh 80 Reichsmark zu erheben seien, rechtsunwürdig gewesen sei. Dies hat dann dazu geführt, daß die Genossenschaft gezwungen wurde, ihren Konturs zu erklären. Die Versammlung beschloß, den bisherigen Vorstand und Aufsichtsrat bis zum Schlußtermin des Kontursverfahrens beizubehalten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Debitennotierungen

	28. November	27. November		
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168,37	168,71	168,41	168,75
Kopenhagen 100 Kr.	111,88	111,21	111,88	111,21
Italien 100 L.	21,845	21,887	21,845	21,887
London 100 £.	20,356	20,396	20,356	20,400
New York 1 \$.	4,1725	4,1805	4,1735	4,1850
Paris 100 Fr.	16,435	16,475	16,44	16,48
Schweiz 100 Fr.	81,02	81,18	81,02	81,18
Wien 100 Schilling	68,725	68,845	68,72	68,84
Brag 100 Kr.	12,385	12,405	12,382	12,402

Zum Zusammenbruch der Bäckerei-Bank, Freiburg

Der katastrophale Zusammenbruch des Bankhauses Otto Bäckerei & Co., dessen Wirtungen sich heute immer noch nicht übersehen lassen, hat zu einer Gerüchthochflut in Freiburg geführt. In einer Unterredung mit dem die Untersuchung führenden Staatsanwalt Dr. Orth bezeichnet dieser die Gerüchte als zum größten Teil für völlig frei erfunden und unwahr.

Die beiden Untersuchungsgefangenen befinden sich nach wie vor in Untersuchungshaft und genießen keinerlei besondere Vorzüge gegenüber anderen Untersuchungsgefangenen. Ebenso sind alle Gerüchte über Verluste anderer Banken und über Selbstmorde und Selbstmordversuche wegen beim Konturs Bäckerei erlittener Verluste völlig frei erfunden. Im Falle Siemens hängt der Selbstmord auch nur sehr bedingt mit dem Konturs der Bäckerei-Bank zusammen. Im jetzigen Stadium der Untersuchung ist es natürlich unmöglich, irgendwelche präzise Angaben über Verluste zu machen. Es wird noch Wochen, wenn nicht Monate dauern, ehe überhaupt ein einigermaßen sicheres Bild zu erhalten ist.

Um die Untersuchung mit besonderer Beschleunigung durchführen zu können, ist vom badischen Justizministerium ein besonderer Untersuchungsrichter, Amtsgerichtsrat Dr. Eichenauer, der frühere Reichsanwalt beim Reichsgericht Leipzig, ernannt worden. Weder Untersuchungsrichter noch Staatsanwalt oder Kontursverwalter sind in der Lage, heute oder innerhalb der nächsten Wochen Auskünfte über die Untersuchungssache und den Konturs Bäckerei geben zu können. Wir erfahren von anderer Seite noch, daß auch Gerüchte über einen angeblichen Selbstmordversuch in den Familien Bäckerei und Gerling unzutreffend sind.

Literarische Neuerscheinungen

Hermann Stegemann: Erinnerungen aus meinem Leben und aus meiner Zeit. 528 S. (In Leinen gebunden 15 M., Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/Berlin/Leipzig.) — Hermann Stegemann, weit bekannt als Dichter und Weltberühmt als kritischer Geschichtsschreiber des Weltkrieges, läßt in seinem imposanten Erinnerungsbuch sein Leben und sein Wirken an uns vorüberziehen: jene uns Heutigen so weit in die Vergangenheit zurückzuführen scheinende Jugend- und Reifezeit der Jahrzehnte vor dem Kriege, jene Gipfelsjahre des Wirkens als Kritiker und Historiker des Völkerringens mit der tief wirkenden Berichterstattung für den Verner Bund, die die Augen der Welt auf sich zog. Seine begnadete Feder, bewährt in seinen Romanen wie in seinen epochalen historisch-politischen Werken, formt, trotz jahrelanger körperlichen Leiden ungechwächt, ein eindrucksvolles und farbiges Bild seines an Erlebnis und Leistung so reichen Lebens, das von den Freunden und Bewunderern seines literarischen Werkes mit warmer Freude begrüßt wird. — Wir werden noch an anderer Stelle auf das interessante Buch zurückkommen.

Eugen Diesel: Die deutsche Wandlung. Das Bild eines Volkes. 392 Seiten mit 3 Kartensätzen. In Hüttenumschlag 6 M. Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart. — Eugen Diesel, der Verfasser des bekannten kulturphilosophischen Werkes „Der Weg durch das Wirrsal“, unternimmt es hier, das deutsche Land und seinen Bau, die Landschaft, Stadt und Dörfer, Stammes- und Reichsdeutsche mit ihren Eigenschaften, Arbeit, Industrie, Geist, Kultur, Verkenntnis, Partei, Beruf, Behörde, darüber hinaus aber die allgemeine Stimmung des deutschen Daseins auf solch unmittelbarer Weise zu schildern, nicht von einem Winkel, einer Meinung, einer politischen, geschichtlichen, staatsphilosophischen, rassistischen Idee oder Konstruktion aus, sondern mit unbefangener Auge und Ohr, zugleich kritisch und liebevoll, ernst und humorvoll. Es handelt sich um eine ganz neue geistige und schriftstellerische Leistung, deren Reiz darin besteht, daß Deutschland aus großem Abstand gesehen wird, wie ihn bisher nur Ausländer gesehen; daß aber gleichwohl eine warme seelische Nähe zu allen deutschen Erscheinungen zu verspüren ist. Dies „Deutsche Bild“ ist aber nicht das einzige Ergebnis des Buches. Darüber hinaus weist es nach, daß ein ganz neues deutsches Lebensgefühl entsteht, und daß damit in unseren Tagen das Werden der eigentlichen deutschen Nation sich anbahnt. Das Buch ist eine philosophische und künstlerische Geographie Deutschlands. Der Preis des Buches muß in Anbetracht seines Umfangs und seiner vornehmen Ausstattung als außerordentlich niedriger bezeichnet werden.

Meister und Werke. Gesammelte Aufsätze zur Geschichte und Schönheit bildender Kunst vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Von Wilhelm Dausenhein. 315 Seiten mit 16 Bildtafeln. (Verlag Knorr & Hirth G. m. b. H., München. Geb. 8 M.) — Wilhelm Dausenhein zeigt sich in seinem neuen Bande „Meister und Werke“ wiederum als Kunsthistoriker, der sein Thema in besonderer Weise lebendig und anschaulich zu gestalten weiß. Sein Buch ist eine Darstellung der Kunst in einzelnen Querschnitten, eine Art Kunstgeschichte, in der es nur Wichtiges, Wesentliches zu lesen gibt. Es nennt nicht alle Daten und Namen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit — in diesem Buch hat sich einfach das Entzückende und die Begeisterung eines der Kunst eng verbundenen Menschen und Forschers mitgeteilt.

Zeitgenossen von M. A. Aldanov. Aus dem Russischen übertragen von R. Febr. von Campenhausen. Mit 8 Vollbildern. (Ganzleinen 9,50 M., Schöffer-Verlag Berlin W 35.) — In geistvollen Essays beschäftigt sich Aldanov, der in Paris lebende bedeutendste moderne russische Schriftsteller, mit einer Reihe von Staatsmännern Frankreichs, Englands, Deutschlands, und Russlands. Er schreibt keine Biographien, sondern versteht es, mit einer selten scharfen Beobachtungsgabe von jeder Persönlichkeit die hervorstechendsten Züge dem Leser plastisch vor Augen zu führen. Ob er Clemenceaus erstes Auftreten auf den Barrakaden der Kommune, seine Rolle im Panamastandal oder sein kraftvolles Handeln während und nach dem Weltkrieg schildert, ob er den politischen Werdegang von Lloyd George oder die schrecklichsten Greuelthaten russischer Volkstommisare erzählt, stets ist der Leser gefangen von der unvergleichlich scharfsinnigen Beobachtungsgabe und der Fülle der für die beschriebenen Persönlichkeiten charakteristischen Tatsachen, welche Aldanov mit feinem literarischem Geschmack, aber mit ungewöhnlicher Kraft des Ausdrucks niederzuschreiben versteht. Die behandelten Persönlichkeiten, Clemenceau, Lloyd George, Briand, Ludendorff, Winston Churchill, Stalin und

Lunatscharski, werden durch die Eigenart der Aldanovschen Schilderung dem Leser so nahe gebracht, daß er atemlos deren ereignisreiche Stunden mitzuerleben glaubt.

Himmelsbild und Weltanschauung. Von Troels-Lund. Autorisierte vom Verfasser durchgeführte Übertragung von Dr. V. Bloch. 5. Auflage. (Geb. 8 M., V. G. Teubner, Leipzig.) — Das längere Zeit vergriffene Buch erscheint jetzt in neuer Auflage. Es ist eine wahre Lust, diesem fundigen und geistreichen Führer auf dem langen, aber nie ermüdenden Wege zu folgen. Dabei erhält nicht nur vieles von dem bisher Bekannten ungewohntes und eigentümliches Licht, sondern es eröffnen sich auch ganz neue und überraschende Ausblicke.

Unser Deutsches. Von Geheimrat Professor Dr. F. Kluge. 5. Auflage. 21.—25. Tausend. Neubearbeitet von Professor Dr. A. Göbe. 126 Seiten. Geb. 1,80 M. (Sammlung Wissenschaft und Bildung.) Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig. — Diese kleine Einführung in unser Deutsches vermittelt so viel des Wissenswerten und Nützlichen, daß man nur empfehlen kann, sich an Hand dieses Buches etwas eingehender mit unserer Muttersprache zu beschäftigen.

Der junge Goethe. Von Professor R. Victor. 165 Seiten. Geb. 1,80 M. (Sammlung Wissenschaft und Bildung.) Verlag Quelle & Meyer, Leipzig. — Der eigenartige, knappe bündige Stil des Verfassers und der geradezu dichterische Schwung der Darstellung machen die Lektüre dieses Buches zu einem einzigartigen Genuß, dem sich auch der Kenner Goethes gern und mit Gewinn hingeben wird.

Dr. Werner Wolf: Der Mond im deutschen Volksglauben. Bausteine zur Volkskunde und Religionswissenschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Eugen Fehle, 2. Heft, 91 Seiten, 12 Abbildungen. 8 M. Konradia G. S., Wülfl (Baden). — Wolfs Buch gibt einen anschaulichen Einblick in die Beziehungen, in welche der Glaube unseres Volkes den Mond gebracht hat. Wir sehen ihn und sein Licht bald heilbringenden Segen in der Sympathie, bald aber bösen Zauber in schwarzen Künsten bewirken. Dann begegnen wir dem Mann im Mond und der Spinnerin, die man in den Flecken des Gestirnes zu erkennen glaubt. Wir sehen ferner, wie andere Völker sich daraus andere Bilder und Sagen gestalten.

Ernst Löns über Hermann Löns. Nach dem großen Erfolge des vor zwei Jahren erschienenen ersten Bandes der Löns-Biographie von Ernst Löns „Hermann Löns' Jugendzeit“ (Ausgabe 20 000) wurde die Fortsetzung mit Spannung erwartet. Sie liegt jetzt vor als ein stattlicher Band von 248 Seiten in schönem Gewande unter dem Titel „Hermann Löns' Mannesjahre. Sein Leben und Schaffen bis zum tragischen Ende“. (Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. W. In Ganzleinen gebunden Preis 6 M.) Hier entrollt sich vor dem Leser ein Bild vom Leben und Schaffen des Dichters, wie es der großen Löns-Gemeinde bisher noch nicht geboten wurde. Eine dem Dichter verwandte Erzählergabe spricht aus diesem Werk. Besonders wichtig aber wird es durch die Fülle bisher unbekannter Materials, das in dieser Reichhaltigkeit nur dem Bruder des Dichters zur Verfügung stand.

Erich Koch, Meier: Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit. (Verl. A. Winkler, Berlin-Grunewald.) Wir brauchen eine solche Darstellung, um uns klar zu werden, welchen Aufschwung Deutschland in einem Jahrzehnt gewonnen hat. Wie wenig Jahre trennen uns im Grunde von Rapp- und Hülserputz, von Inflation und Ruhrkampf! Die Außenpolitik und insbesondere Stresemanns Wirken ist es, das die Voraussetzungen für den im Ausland viel bestaunten, bei uns noch immer nicht begriffenen Wiederaufstieg schuf.

Köhlers Kolonial-Kalender 1930. Ein interessanter Beitrag in dem soeben in gewohnter Reichhaltigkeit erschienenen Köhlers illustrierten Kolonial-Kalender für 1930 zeigt, mit welcher Grausamkeit England in den Kolonialländern seines Weltreiches verfuhr. Daneben stehen in dem Statistischen, mit über 100 Abbildungen und mehreren Kunstbeilagen geschmückten Buch von 280 Seiten zahlreiche andere interessante Aufsätze aus der Feder bekannter Kolonialfachleute und vor allem eine große Anzahl spannender, atemberaubender, reich illustrierter Erzählungen, die in unseren ehemaligen Kolonien und anderen exotischen Ländern spielen. (Verlag Wilhelm Köhler, Minden i. W.)

Köhlers Flotten-Kalender. Die Geschichte des irrigen Leuchtturmwärters von St. Lawrence erregte vor einigen Jahren, wie man sich erinnern wird, großes Aufsehen. Ganz geklärt wird der entscheidende Kriminalfall durch die Erzählung in Köhlers illustriertem Flotten-Kalender für 1930, der soeben erschienen ist. (Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. W.) Atemberaubende Spannung ist überhaupt das Kennzeichen all der vielen, reich illustrierten Erzählungen in dem neuen Jahrgang des seit Jahrzehnten beliebten und weitbekannten Flotten-Kalenders, ob es nun in der Seeübergefächte aus Westindien und den „Schlag des Piraten“ geht, ob eine „Meuterei an Bord“ oder „Ein Gottesgericht“ erzählt wird.

Die Württembergischen Regimenter im Weltkrieg 1914—18. Herausgegeben von General a. D. G. Flaitschen. Band 46: Das Württembergische Reserve-Feldartillerieregiment Nr. 54 im Weltkrieg 1914—18. Bearbeitet von Oberst a. D. Max. Mit 30 Kartensätzen, sowie mit Zeichnungen von Ohwald Voelberger, H. Schott, R. Sapper und 90 Abbildungen nebst 1 Übersichtskarte. 240 Seiten Großformat. In Halbleinen geb. 10 M. Chr. Welter AG., Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. — Das Regiment hat immer auf der Westfront gekämpft, oft an Hauptkampffronten. Die Verluste sind dementsprechend auch größer als bei andern württembergischen Feldartillerieregimentern. Besonderer Wert ist auf die Ausstattung des Buches gelegt. Zeichnungen, die der ehemalige Telefonist beim Regimentstab, der bekannte Kunstmalers Ohwald Voelberger seinerzeit in das Fremdenbuch des Regiments gezeichnet hat, wurden bewertet, ebenso Beiträge von H. Schott und R. Sapper. Zahlreiche Kartensätze ergänzen aufs glücklichste den Text und geben ein anschauliches Bild von den Kämpfen des Regiments.

„Olympischer Wintersport“. 68 Bilder, eingeleitet und erläutert von Carl J. Luther. Schaubilder 4. Herausgeber Dr. Emil Schaeffer. (Drell Fühl Verlag, Zürich und Leipzig.) — Als Rückblick auf die letzten und besonders als Ausblick auf die kommenden Olympischen Winterspiele in Lake Placid wird auch dieser Band der „Schaubilder“ höchlich willkommen sein.

Rudhard Rippling: Das kommt davon. Geschichten und Märchen. Deutsch von Hans Kothke. Mit neun farbigen Bildern von Walter Trier. (In Leinen 7,50 M., Paul List Verlag, Leipzig.) — Diese Tiergeschichten Ripplings sind, neben „Alte im Wunderland“, das Kinderbuch der angelsächsischen Welt. Ihre Eigenart besteht darin, daß hier die Phantasie des großen Dichters die lustigsten Ranken treibt in natur- und entwicklungs geschichtlichen Wirklichkeiten. Seine seltene Kraft, die schon den „Nehungsbüchern“ ihren eigenen Charakter gab: die Wesenheit jedes dieser Geschöpfe Gottes bildhaft und einbringlich ans Licht zu stellen, waldet auch hier. Ein herrliches, kindhaftes Lachen geht durch diese scheinbar so leicht hinfabulierten Schnurren, die dennoch in jedem empfänglichen Gemüt ein tiefes Gefühl von den vielfältigen Wundern dieser ErdennWelt hinterlassen. Ihr Bilderreichtum findet in dem prachtvollen Humor Walter Triers die vernünftlichste Spiegelung.

Ernst Schmann: „Im Ferienhäuschen“. Eine Geschichte für Anaben und Mädchen. 241 S. 6 farbige Illustrationen von G. Tomamichel. (Halbleinen 5,20 M., Drell Fühl Verlag, Zürich und Leipzig.) — Das Buch ist für Bubens und Mädchen bestimmt; denn beider Taten und Untaten spielen eine große Rolle im Leben der Lehreffamilie, die aus der Stadt nach dem herrlichen Verner Oberland zieht und dort in einem heimeligen Bauernhäuschen die Ferien verbringt. G. Tomamichel, dessen Illustrationen schon so vieler Kinder Entzücken geworden sind, prägt auch hier die heiteren Geschehnisse durch lustige Figuren und Farben ein.

Märchenfrau und Malerbilder. Briefwechsel zwischen Malvina von Mehgenburg und Ludwig Sigmund Fühl. (G. S. Beck, München.) — Eine eigenartige, geistig vornehme Atmosphäre waldet in diesem Buch, dem Briefwechsel der Siebzehnjährigen mit dem Neunzigjährigen, eine Atmosphäre, die wir heute nicht mehr atmen, zu der wir aber mit Heimech zurückblicken, zu der wir mit Verehrung aufblicken. Denn, vor allem, uns Heutigen ist die Übung hochstehenden Briefwechsels abhanden gekommen. Das Buch kann wesentlich nur von älteren Leuten gerühmt werden. Relativ zu ihrem neunzigjährigen Korrespondenten erscheint die siebzehnjährige Malvina als die enthusiastischste Jugendliche. Relativ zu ihrem in Raffel feststehenden Partner erscheint sie, bald von Rom, Neapel, bald von Versailles schreibend, als die Bewegliche. Während in ihm doch etwas von Skeptizismus, Weltabsehnung, Verfinstertheit lebt, ist sie die offene und heitere, der Jugend und Schönheit frei zugewandte. So fügen diese Briefe zum Bild Malvinas neue ergänzende Züge und werden jedem Verehrer der großen Frau willkommen sein. Zugleich rufen sie in Anbl ein alten, vergessenen Maler und Dichter, jedenfalls auch eine bedeutende Persönlichkeit in Erinnerung. Seine persönlichen Kunstanschauungen werden freilich in unserer Zeit wenig teilnehmende Freunde finden. Giulio Romano über Raffel zu stellen, geht doch wohl nicht an, wie sich auch Malvina trotz besten Willens instinktiv dagegen wehrt. Daß in dem Briefwechsel der beiden Alten, neben der selbstverständlichen Klage über die Gegenwart und Reich der Vergangenheit, die Fragen vom Tode und von der Unsterblichkeit eine Rolle spielen, ist natürlich; und gerade um dieser Abnungen willen, dieser Blitze ins Unbekannte Land sind die Briefe von allgemeiner Bedeutung für die Menschen. Alles in allem ein edles, tief-sinniges, modernes Buch, das vielen Freude bereiten möge.

Öffentliche Sparkasse Hahmersheim

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Vermögen:		Schulden:	
	RM		RM
1. Kassenbestand	1 882,14	1. Spareinlagen	91 552,72
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale usw.	6 755,13	2. Aufwertungseinlagen	47 490,62
3. Darlehen auf Hypotheken	45 949,—	3. Rücklage:	
4. Darlehen a. Schuldschein	41 514,25	a) gesetzl. Reservefonds	3 112,73
5. Aufwertungs-		b) Reingewinn v. Jahre 1928	2 824,04
forderungen	42 869,11		
6. Aufwertungs-			
verrechnungsfondo	4 621,51		
7. Einnahmerückstände	1 383,97		
8. Gerätschaften	5,—		
	<u>144 980,11</u>		<u>144 980,11</u>

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 91 552 RM Einlagen = 7 324,16 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 5 936,77 RM
 Somit weniger = 1 387,39 RM

Hahmersheim, den 27. November 1929. 3.827

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Ged.

Der Rechner: Mü h i g.

Freihändiger Vorverkauf von Weisbüchern u. Notulmen, Bad. Forstamt Schwellingen, Mittwoch, den 4. Dezember 1929: circa 70 fm Weisbüchern, Klasse III-VI und circa 150 fm Notulmen, Klasse I-IV. Auskunft durch das Forstamt. Das Forstamt Schwellingen verteuert am

Diensdag, 3. Dezember d. J., nachmittags 3 Uhr, im Domänenpald IV, 8 „Rohdommelfopf“, bei Weisweil, an Ort und Stelle auf dem Stod circa 260

Städt. Sparkasse Rühl a. Rhein

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Soll		Haben	
	RM		RM
1. Kassenbestand	10 958,32	1. Spareinlagen	2 008 981,06
2. Banken und Postspark.	202 135,47	2. Giroeinlagen	710 284,22
3. Wechsel	59 683,08	3. Aufwertungseinlagen	728 314,09
4. Wertpapiere	1,—	4. Rücklagen	67 882,06
5. Hypotheken	1 833 420,80	5. Reingewinn 1928	35 385,59
6. Schuldscheindarlehen	46 809,—		
7. Darlehen in laufender Rechnung	540 711,04		
8. Vorschüsse	663,63		
9. Gebäude	110 484,—		
10. Gerätekonto	23 443,—		
11. Rückstände	31 381,21		
12. Aufwertung	691 176,38		
	<u>3 550 846,93</u>		<u>3 550 846,93</u>

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 2 719 265,28 RM Einlagen = 135 963,26 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 103 267,56 RM
 Fehlbetrag = 32 695,70 RM

Rühl, den 1. Oktober 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Luthmer, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Berning.

Badisches Landestheater

Freitag, 29. November 1929

* F 9 (Freitagmiete)
 Th.-Gem. II. S.-Or. und 1501—1550

Schwanda, der Dudelsackpfeifer

Oper von Weinberger
 Dirigent: Schwarz
 Regie: Rußenbecker
 Mitwirkende:
 Mantl, Winter, Gröbinger
 Hofpach, Rainbach, Kiefer,
 Rauffötter, Bindemann, Köfer, Rentwig, Dörner,
 Schuster

Anfang 20 Ende 22 1/2, Preise C (1—7 RM)

Samstag, 30. November:
 Zum ersten Male: Kolonne
 Hund, So. 1. Dez.: Koben-
 grin. Im Konzerthaus:
 Einmaliges Gastspiel Kon-
 rad Dreher: Der wunder-
 tätige Antonius, Mont-
 tag, 2. Dez.: 3. Sinfonie-
 Konzert.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Druck G. Braun, Karlsruhe